

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 240

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 209

Zweite Ausgabe

Anzeigergebühren für die sechsstelligen Adressen sind bei den Nummern 20 Pfennig. Resten am Ende bei rechnerischen Zeilen die ganze 100 Pfennig. Anzeigenanträge bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62
 Fernruf 780 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäfts-
 stunde: Schriftleitung 610, Geschäftsstelle 608 und 606
 Druckerei: L. S. Dr. Mitzold, Halle (Saale)

Dienstag, 23. Mai 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung:
 Prenzlauer Straße 30. — Fernruf 311, Kurierstr. Nr. 62/30
 Druck und Verlag von Otto Hille, Halle (Saale)

v. Batocki, Helfferich, Graf Roedern

Das neue Kriegsernährungsamt

v. Batocki zum Lebensmitteldirektor ernannt
 Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Der Bundesrat ernannte den Reichskanzler, eine eigene neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelerzeugung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehzucht notwendigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Ernährungsamt schließt die gesamte Verflechtung und Verbrauchsberechnung damit erforderlichenfalls natürlich auch die Entzignung, die Regelung der Einnahme, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts wurde der Oberpräsident von Sachsen v. Batocki berufen.

Mit v. Batocki ist ein Dispenstreuer berufen, die zurzeit größte innere Aufgabe in Deutschland zu lösen. Neben ihm die Heimat des neuen Wirtschaftsdirektors. Der ehemalige „Bonner Breiter“ übernahm zunächst das väterliche Gut beim Dispenstreuer und veräußerte diesem Gut den Rest seiner Wirtschaft. Er wurde später Landrat im Kreis Königsberg-Land. Später war er Vorligender der Landwirtschaftskammer in Königsberg. Mit großen Hoffnungen begrüßte man 1914 seine Ernennung zum Oberpräsidenten des Kriegsernährungsamts. Zu der bedeutenden Rolle, die v. Batocki als Lebensmitteldirektor spielen soll, scheint er vor allem durch seine Kenntnisse in der Landwirtschaftlichen Verhältnisse berufen. Aber auch die Bedürfnisse von Handel und Industrie sind ihm nicht fremd geblieben. Die kräftig zupackende Hand des nunmehr 57jährigen wird hoffentlich die Erwartungen rechtfertigen. v. Batocki ist in hohem Maße bei seinem Amtsantritt entgegengebracht worden.

Helfferich Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers

Graf Roedern Staatssekretär des Reichsschatzamt

Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Der Kaiser erteilte Befehl die nachfolgende Entlassung unter Befehlung des Reichs und Hanges eines Staatsministers und Verleihung des schwarzen Bierschneiders. Der Kaiser ernannte Helfferich zum Staatssekretär des Innern und beauftragte ihn mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers. Der Kaiser ernannte den Grafen Roedern zum 1. ab zum Staatssekretär des Reichsschatzamt und bestimmte, daß bis zum 1. 6. die Geschäfte des Reichsschatzamt durch den Staatssekretär des Innern, Helfferich weiterzuführen sind. Der König ernannte von Weizsäcker zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Graf v. Roedern entkam einer allmählich sich entziehenden Krankheit und ist am 27. Juli 1870 in Wernberg geboren. Seiner Staatsdienst begann er als Regierungsassessor in Potsdam. Bald wurde er ins Finanzministerium berufen. Im Oktober 1905 wurde er Landrat des Kreises Niederbarnim, 1909 war er als Nachfolger von Schulenburg zum Vizepräsidenten von Berlin auszuweisen, blieb aber bis 1911 in Niederbarnim, in welchem Jahre er Oberpräsident in Potsdam wurde. Im Frühjahr 1914 wurde er Staatssekretär von Volkswirtschaften.

Empfänge und Tafel beim Kaiser

Berlin, 22. Mai. Der Kaiser empfing heute Vormittag die Präsidenten des Reichstages, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses in Potsdam. Das Staatsministerium war zur Tafel geladen.

Ein neuer 10 Milliarden-Kriegskredit

Berlin, 23. Mai. Laut „N. St.“ wird dem Reichstag nach in diesem Tagungsabschnitt eine neue Kreditvorlage zu machen und zwar wieder in der Höhe von 10 Milliarden. Die letzten Kredite reichten zwar noch bis in den Sommer hinein, man wolle aber dem Reichstag ein Zusammenrücken im Sommer erlangen. Es dürfte die Vorlage nach in der Woche vor Pfingsten zur Erledigung kommen.

Der österreichische Generalstabsbericht

Immer neue Erfolge unserer Verbündeten in Südtirol

Zum ganzen 23 883 Gefangene.
 172 Geschütze erbeutet

Wien, 22. Mai. Amtlich wird verlautbart: Italienischer Kriegsschauplatz
 Die Niederlage der Italiener an der Südtiroler Front wird immer größer.

Der Angriff des Grazer Korps auf der Hochfläche von La Frauca hatte vollen Erfolg. Der Feind wurde aus seiner ganzen Stellung geworfen. Unsere Truppen sind im Besitz der Cima Matadriolo und der Höhe unmittelbar westlich der Grenze von diesem Gipfel bis zum Valsugano. Die Kampfgrube seiner L. und F. Division des Feldmarschallleutnants Graf Herzog Karl Franz Joseph hat die Linie Monte Tormentone-Monte Major angenommen.

Seit Beginn des Angriffs wurden 23 883 Gefangene, darunter 482 Offiziere erbeutet. Unserer Beute ist auf 172 Geschütze gezählt.

Russischer und südsibirischer Kriegsschauplatz

Nichts neues.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Cadorna „Rückzugslinie“

Rom, 22. Mai. Im amtlichen Bericht vom 21. Mai heißt es u. a.:

Gestern spät abends warf der Feind nach Artilleriebereitschaft ungeschore Infanteriemassen zum Angriff gegen unsere Stellungen im Vagagnia-Zal von Gont bis zur Laguna vor. Der Feind wurde unter ungeschoren Zurücklassen zurückgeworfen (?). Im Terragnia-Zal mäßige Tätigkeit der österreichischen Artillerie. Die von uns besetzte Rückzugslinie wurde weiter verfestigt, während der Gegner die Stellungen von Monte Major bis zur Tonnaga-Spise verfestigt. Gekoren Abend und Nachmittag griff der Feind uns in den Gebiet zwischen Agico und S. Anna an. Die Angriffe wurden von unseren Truppen, die dem Gegner schwere Verluste zufügten, mit großer Ausdauer erwidert (?). Im S. Anna-Zal rannte der Feind gegen unsere vorgeschobenen Wachen an, die den Angriff abhingen und sich sofort Schritt für Schritt aus der Unterstützungslinie zurückzogen.

Die „Argentinia Stefani“ sucht zu beruhigen

Bern, 22. Mai. Auf den tiefen Eindruck, den der österreichische Vorstoß in Südtirol in Italien gemacht, und auf die Beurteilung, die er bei dem Verband hervorgerufen hat, läßt eine sehr umfangreiche Auslassung der „Argentinia Stefani“ schließen, die insbesondere die ungeschoren Vorbereitungen der Deisterreicher hervorhebt und darauf hinweist, daß die Mittelmäste in der Verwicklung von Annonen, insbesondere von geschäftlichen Geschäften, über reiche Mittel verfügen, die sie mit Verleumdung verwenden. Die Deisterreicher hätten gegen die vorgeschobenen italienischen Linien ein starkes konzentrisches Feuer gerichtet. Sodann spricht die „Argentinia Stefani“ diesen Linien einen dauernden Wert ab und erklärt, sie seien infolge dessen bei einem starken feindlichen Vorstoß nach angrenzender Verbindung zu räumen geneigt. Zum Schluß heißt es: Bekannt ist der gemeinsame Zweck der Mittelmäste, an Schicksalsergebenheit ihren Antritt, ihre Artillerie denart zu spielen zu lassen, daß es zuweilen an Panathische grenzt. Den gewaltigen österreichischen Anstößen gegenüber kämpft unser Heer mit wechselndem Glück, aber mit Beharrlichkeit und Festigkeit. Unser Heer teilt sich mit Frankreich die Ehre und Last des militärischen Ruhms der Mittelmäste, welche die Drohung berechtigen wollen, die für sie in dem gemeinsamen Vorhaben des Verbandes besteht, und die jetzt die Initiative an sich zu reißen suchen.

Die Italiener verlangen Klarheit

Bern, 22. Mai. Mailänder Blätter weisen in längeren Ausführungen auf die Unzulänglichkeiten hin, die von der verpublizierten Berichterstattung der italienischen Heeresberichte im Ausland herrihren. „Secolo“ verlangt ferner zwei tägliche Heeresberichte. „Tribuna“ hält es für angemessen, der italienischen Öffentlichkeit die österreichischen Heeresberichte nicht länger vorzuenthalten.

Ueberfall auf einen deutschen Botschafts-Attache in Newyork

Aus New-York wird dem „Münchener Neuesten Nachrichten“ geschrieben:

Seit der Überführung des deutschen Botschaftslegations in Washington, Hauptmanns v. Bogen, hat sein früherer Sekretär Herr v. Jael, die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt, die nicht abgeschlossen werden konnten. Er wurde zu diesem Zweck als Privatlich und Mitglied der Kaiserlich deutschen Botschafts-Attache in Newyork, die deutsche Zusage der Unverletzlichkeit seiner Person, seiner Papiere und Geschäftsräume. Das hat die amerikanische Wehrbeden, die schnell von den englischen zu lernen schienen, nicht verhindert, ihn in der brutalsten Weise zu überfallen und zu verhaften, sowie einen Teil der unter seiner Obhut befindlichen Akten mit Beschlag zu belegen.

Der Überfall fand genau 24 Stunden vor dem Augenblick statt, wo der Präsident dem Kongress über das noch herein gehende Ultimatum berichtete, und der Sekretär ist vollst. gezeichnet.

Daß man hoffte, Material zu finden, welches zu weiteren Angriffen auf die Reichsregierung und die kaiserliche Botschaft dienen konnte.

Im wenigsten eine Entschädigung ansetzen zu können, hatte der Staatsanwalt eine Anfrage gegen Herrn v. Jael wegen Verletzung an dem Komplot, den Botschaftsattache in Newyork zu überfallen, gestellt, doch nicht erfüllt. Die einzige Ursache für diese Unterbindung vorhanden war.

Genau 11 Uhr vormittags an dem betreffenden Tage kamen zwei Männer in das Büro und sprachen der Wunsch aus, Herrn v. Jael zu sprechen. Sie wurden in sein Zimmer geführt und wandten die Tür hinter sich zu, was nicht erfüllt. Die einzige Ursache für den Nebenamtler arbeitende Herr v. Jael laut um Hilfe rufen, rante in Herrn v. Jael's Suite und sah, wie er auf den Geldschrank aufbrach, besaß von zwei Akten, die nicht gerade vertrauenswürdig aussehen. Herr v. Jael hatte den einen an der Garage und ließ den anderen zur Seite, so daß Herr v. Jael den Sekretär, an dem sich übergeben.

Das Siegel der deutschen Botschaft

besand, schließen konnte. Im Juli hatten die Geheimpolitiken, deren Zahl sich inzwischen auf sechs bemerkt hatte, ihre Reue, bald er gegangen und hielten sie den Obern vor die Wahl, was aber nicht den geringsten Eindruck machte. Der Überfall auf die Botschaften des Büros, während die Botschaften des Büros durchsucht, wurde nicht bestraft. Herr v. Jael befand bereit, daß er Mitglied der Botschaft und daher unantastbar sei, und wehrte sich vergeblich gegen die Übermacht. Herr v. Jael erklärte, da sein Verbleib gegen ihn vorliege, dürfe seine Freiheit in keiner Weise bestraft werden, und verlangte das jedem amerikanischen Bürger ausübende Recht, sofort seinen Anwalt heranzuschicken zu dürfen, auch forderte er, ihm miß gestattet werden, das Büro zu verlassen. Die Polizisten verhinderten die Benutzung der Fernsprecher mit Gewalt und zerbrachen die Apparate, als ihnen das zweite Mißgeheim wurde.

Herr v. Jael erklärte, sie seien.

Die sich auf dem Schreibtisch befinden und packen sie in eine Reisetasche, die sie mitgebracht hatten. Alle Protokolle waren u. a. blos und das Ansuchen, den Staatsanwalt telephonisch um Erlaubnis zu bitten, daß Herr v. Jael's Rückkehr nach beidergezeiten und ihm gestattet werde, mit dem Mann in das Gericht zu gehen, wurde abgeschlagen. Schließlich ergriff man sich, daß Herr v. Jael die Mittelmäste tragen und in seiner Obhut behalten sollte, bis der Richter entschieden hätte, ob die Akten unbedenklich seien oder nicht. Raum hatten die Polizisten aber mit ihrem Gehörten das Büro verlassen, als sie zu Wort traten und ihm die Tafel unter Anwendung der Wache in einem Zimmer und schmerzhaften Verbindungen entziffen. Angewiesen hatte Herr v. Jael erwidert, daß man von seinem Will ab dort befindlichen Privatpapiere und Briefe, darunter eine Anzahl von Geschäftsnotizen an deutsche Zeitungen, die er gerade abschicken wollte, besorgen konnte. Die Forderung, sie zurückzugeben, wurde natürlich abgelehnt, als er aber nun nochmals in der bestimmten Weise erklärte, er lasse sich nicht länger gefangen halten und werde sich, falls nötig, den Ausweg mit Gewalt erkämpfen, die Polizisten aber für die Folgen verantwortlich machen, so daß die Leute, die immer noch ihre Revolver aufgebahrt hielten, Platz, und er konnte von einem anderen Büro in demselben Gebäude die Botschaft durch den Fernsprecher von dem Vorfall in Kenntnis setzen.

Herr v. Jael wurde bald gegen Bürgschaft entlassen, und die kaiserliche Botschaft nahm sich der Angelegenheit an. Das amerikanische Staatsdepartement hat bald zu der Heberzeugung, daß es die Repatrie wieder herbeizubringen müßte, aber

der Justizminister verzögerte die Abslieferung. Er hoffte augenscheinlich, doch noch etwas in den Akten zu finden, das als Vertrauensmaterial in einem der vielen geschriebenen Briefe dienen könnte. Auch er wird sich schließlich fügen müssen. Angewiesen werden sich die Behörden über das Bergamt, allerlei geheimnisvolle Andeutungen über den überaus wichtigen Inhalt der Akten in die Zeitungen gelangen zu lassen, woran kaum ein Bündchen von Wahrheit ist. Es geschieht aber, daß, um Stimmung gegen die deutsche Regierung und die Deutschen zu machen, und in diesem Zusammenhang, die Akten werden als amerikanische Geheimnisse, vom Präsidenten bis zum simplen Polizisten, die wieder zu haben.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 22. Mai 1916.

Am Bundesratspräsidenten: Staatssekretär Dr. Helfferich, Unterstaatssekretär Dr. Richter, Direktoren Dr. Caspar, Dr. Ewald, Dr. Vogler.

Der Reichstag der Abgeordneten: Der heute 70 Jahre alt wird, ist mit einem Gebirge von roten Haaren geschmückt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr und hat um die Ermächtigung, dem hochverehrten Vorsitzenden des Gausatzungsausschusses, Dr. Spahn, zum 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses zu übermitteln. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Sonderberatung des

Etats für das Reichamt des Innern wurde fortgesetzt.

Die Abstimmung über die vorliegenden Entschlüsse folgt Mittwoch nachmittag 4 Uhr stattfinden.

Eine Erörterung entfiel sich erst wieder beim Kapitel **Beihilfegeldleistungen**, zu dem die Entschlüsse der Reichsausschüsse, (Sog. A.-B.) im Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Regelung des Mutter- und Säuglingsgeldes sowie der Geburtsbeihilfe eingebracht war.

Hg. Kunert (Sog. A.-B.): Die Sterblichkeit während des Krieges angenommen, namentlich infolge der in weiten Kreisen bestehende Unterernährung, ein Gefährdung durch das Mutter- und Säuglingsgeld sowie die Geburtsbeihilfe allgemein reichsgesetzlich geregelt wird, ist daher dringend notwendig. Mit unserer Entschlüsse wollen wir nun keineswegs einen Wettlauf der Parteien entstellen. Auch der Vorwurf des Hg. Dr. Gige, daß es sich bei unserer Forderung um leere Redensarten handle, ist nicht berechtigt. Unser Antrag umschließt alles, was aus dem Vermögen und die Nationalökonomie wünschen. Wir wollen in erster Linie nicht eine Vermehrung der Bevölkerung, sondern die Erhaltung der gegenwärtigen Generation. Der Mutterzins ist die Vorbedingung für alles Andere. Was jetzt an Mutterzins besteht, ist nichts als der Anfang, der, sobald, namentlich bei den Landfrankenschüssen nicht genügt. Wir verlangen Ausdehnung des Mutterzinses auf alle Familien, die ein Einkommen unter 5000 Mark haben und die Pflicht zur Bewahrung des Stillesitzes. Die Kindersterblichkeit ist der Massenmord auf dem Altar des Kapitalismus. Der kapitalistische Staat trägt die Verantwortung dafür, nicht eine einzelne Witwe, sondern Millionen von Witwen zu erzeugen. Jeder Wähler muß ein Recht zur Verfügung gestellt werden. Die Einschränkung der Säuglingssterblichkeit würde nicht nur eine gewonnene Schlacht, sondern vielmehr einen glänzenden gelungenen Feldzug bedeuten. Das dafür angelegte Geld ist nicht verloren. Es sollte uns auch eine statistische Aufstellung über die Anzahl von Kriegserkrankten gegeben werden, die ihre Kinder selbst jähren. Die ganze Frage des Säuglingsgeldes ist nach Aussage eines ehemaligen preussischen Kultusministers leibhaftig eine Geldfrage. Wir stellen mit unserer Entschlüsse die Mindestforderung, der Sie alle zustimmen können.

Präsident des Reichsausschusses, Dr. Baum: Der Antrag, daß erfahrungsgemäß im Kriege Seuchen und Krankheiten in erhöhtem Maße vorkommen, muß sich mit Bezug auf den jetzigen Weltkrieg mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wohl noch nie ist ein Krieg geführt worden, in dem die Zivilbevölkerung so wenig von Seuchen und Krankheiten heimgesucht worden ist, wie in dem gegenwärtigen Kriege. Wir können Gott dankbar sein, wenn es so bleibt. Namentlich die Deutschen, die im Kriege 1870/71, fünf Hunderttausende in Deutschland dahingerafft haben, sind in ganz geringer Zahl von Seuchen betroffen. Im Weltkrieg sind nur zwei, aus dem Ausland eingeschleppte Fälle, der im Rheinischen Weidwälder Gefangenlager Duppus in Verbindung geringem Maße. Unserer medizinischen Wissenschaft, unseren Ärzten und allen bei der Gesundheitspflege beschäftigten Leuten müssen wir von Herzen dankbar sein, daß die Zustände bei uns so gut geblieben sind. (Beifall.) Nur von Dysenterie und Cholera sind an einzelnen Stellen größere Ausbrüche vorgekommen, aber die, kommen in der Friedenszeit ebenfalls vor und hängen mit dem Kriege nicht zusammen.

Der Vorredner spricht von dem kapitalistischen Massenmord der Kinder nach der Geburt, davon kann keine Rede sein. Ich unterstreiche noch heute, was ich früher von dem Bürgergenosse sagte, der unter Kinder nach der Geburt hinwegrafft. Wir müssen alles tun, um die Kindersterblichkeit zu vermindern, aber das ist uns im Laufe der Jahre auch schon gelungen. (Wieder gilt darüber siffermäßige Beleg.) In manchen großen Städten ist allerdings im letzten halben Jahr eine Steigerung der Kindersterblichkeit eingetreten. Von den ehelichen Kindern starben 1901 194 Prozent, 1913 nur 44 Prozent. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder ist von 33 Prozent 1901 auf 22,3 Prozent 1913 zurückgegangen. Diese Zahl ist noch immer viel zu hoch, aber es ist doch nicht schlimmer geworden. Die Zahl der Frauen, die infolge der Geburt gestorben sind, ist zwar mit 33 von 10 000 noch etwas gestiegen, aber die Zahl der Sterbefälle infolge normaler Geburten im Kindbettleier ist herabgegangen; nur die Todesfälle nach anormalen Fehlgeburten, haben sich vermehrt. Das kommt daher, daß bei Fehlgeburten oft nicht jahreslängliche Gänge im Spiel sind; die Zahl der künstlichen Abtreibungen ist gestiegen. Allerdings müssen wir die Sterblichkeitsziffern für Frauen und Kinder mit allen Maßnahmen weiter herabzubringen suchen. Der Reichstag hat im April 1914 dem Bundesrat eine Vorlage unterbreitet, wonach Grundzüge für eine einheitliche Regelung des Bekommens der für die einzelnen Bundesstaaten aufgestellt werden sollen. Diese Grundzüge beziehen sich auf die Anforderung für die Ausbildung der Hebammen, auf die Art des Unterrichts, auf die Prüfung und Nachprüfung, auf die Vorbildung, auf die Anwendung gewisser verbotener Hilfsmittel, auf die Pflicht der Hebammen zur Hilfeleistung, auf das Verhalten bei Todesfällen in gewissen Krankheiten. Diese Vorlage hat infolge des Krieges nicht mehr erledigt werden können, es ist wohl zu Rechtzuzugewand, wenn bei den jetzigen Kriegsjahren dringende Vorlagen vorgehen. Die preussische Regierung stand übrigens seiner Zeit im Begriffe, mit einer prognostischen systematischen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, sich zu befassen. Es finden auch jetzt über die Verringerung der Säuglingssterblichkeit unausgesetzte Beratungen im preussischen Ministerium des Innern unter Beteiligung der Reichsbehörden und Sachverständigen statt. Das Ziel ist die einheitliche Regelung der Bekommensmaßnahmen. Treuen Sie soll also tatsächlich mit aller Energie

gearbeitet; daß die reichsgesetzliche Regelung in der Kriegszeit nicht stattfinden kann, ist wohl begrifflich. Die Bundesratsverordnung wegen der Wochenhilfe ist während des Krieges ausgesetzt, und es muß aber auf diesem Gebiete noch weiter gearbeitet werden; das erfordert schon das Gebot der Staatspflicht, einer verständigen Sozialpolitik und der Menschlichkeit. Mit der Tendenz des Antrages kann man sich zweifellos einverstanden erklären.

Hg. Kunert (Sog. A.-B.): Gerade die Frauen der arbeitenden Klassen leiden unter der mörderischen Wirkung der altemodigen Entbindungsgebräuche. Nehmen Sie unseren Antrag ab, so ist das ein Maßschritt des Reichstages.

Hg. Richter (Kannover (Sog.)): Es ist notwendig, jetzt schon Mittel und Wege zu suchen, um die Säuglingssterblichkeit herabzubringen. Wir waren vor dem Kriege auf dem besten Wege dazu, etwas Erprobliches auf diesem Gebiete zu leisten, namentlich höhere die Ortskrankenkassen schon Befähigtes geleistet. Weiter der Krieg nicht gekommen, so wären wir schon viel weiter. Zunächst muß die Reichswirtschaftliche auch nach dem Kriege beibehalten werden.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Sog. Rpt.): Wir wollen die einzelnen Anträge nicht ablehnen, sondern sie alle in der Kommission eingehend behandeln. Eins der Hauptziele muß sein, die Prostitution von der übrigen Bevölkerung möglichst zu trennen. Es sind dazu positive Maßnahmen nötig, auch durch eine Reform des Strafgesetzbuches.

Hg. Kunert (Sog. A.-B.): Wir lehnen den Zentrumsantrag ab, da dadurch unser Antrag nur verkompliziert wird. Damit schloß die Aussprache.

Das Kapitel wurde befristet, ebenso der Rest der ersten Lesung.

Im Ausserordentlichen Etat wird für die Förderung der **Wohnungsfrage** gestimmt. Die Wohnungsausschüsse für Arbeiter und geringverdienende Beamte eine Summe von 5 Millionen Mark gefordert.

Hg. Dr. Jäger (Hr.): berichte zunächst über den Bericht der Wohnungsfragekommission über deren Verhandlungen. In der Erörterung trat der gleiche Redner für eine weitestmögliche Förderung des Kleinwohnungsbaus ein, um einer etwaigen Wohnungsnot nach dem Kriege vorzubeugen und befürwortete die von der Kommission vorgelegenen Entschlüsse auf Unterstützung der Vereinigungen für Kleinwohnungsbaue, ferner die Etatbudgetion auf 10 Millionen zu erhöhen sowie die gesetzliche Regelung dieser Sache vorzunehmen.

Hg. Jäger zu Schönich-Carolath (Sog.): Wir begrüßen es, daß diese ganze Frage endlich in Fluß kommt. Eine gesetzliche Regelung ist notwendig. Die aus dem Jahre zurückgehenden dürfen nicht wieder in die Waisenhäuser zu werfen werden, wir müssen gerade, raum, Licht und Luftreiche Wohnungen erhalten. Den Gedanken der Kriegsergebnisse stehen wir humanität gegenüber. Darin muß sich der Nationaldemokrat zeigen. Die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage, wie sie von der Kommission empfohlen wird, entspricht unserm dringenden Wunsche. Wir müssen uns bereit halten, für die heimkehrenden Krieger zu sorgen und sie vor Not zu schützen. Es dürfen nicht Gegenstände der Ausbeutung durch Spekulationen werden.

Hg. Jäger (Sog.): Bis heute lehnen die verbündeten Regierungen es immer noch ab, über die Wohnungsfrage Wohnungsfrage zu treiben. Einmütig hat die Kommission verurteilt, die Regierungen von dieser ablenkenden Haltung abzurufen. Diese Verhandlungen mögen eine Frucht in die Öffentlichkeit bringen. Dieses Reich der Regierung ist der Hauptgrund dafür, daß wir in der Wohnungsfrage nicht weiterkommen. Dieser Punkt muß erfüllt werden, sonst ist alles für die Kriegszeit das Hypothekenkreditgeschäft hat vorlag, irgendwelcher Anlaß zu einer Wohnungsreform war darin nicht enthalten. Im Reichsamt des Innern allein scheint Verständnis für diese Wünsche vorhanden zu sein sowie Bereitwilligkeit, unseren Wünschen entgegenzukommen, seine Vermittlungen sind aber nicht zum Durchbruch gekommen. Mit den heute vorgelegten Entschlüssen kommen wir den Regierungen weitest entgegen, sie enthalten die Forderungen, die durch den Krieg veranlaßt worden sind. Wir werden, wie nach dem Kriege von 1870/71, wieder einen großen Mangel an Kleinwohnungen haben. Ungezählte Angehörige des Mittelstandes sind genötigt, sich einzufachören, viele krieger werden Miets- oder Hypothekenschulden haben, so daß unbedingt für sie etwas geschaffen muß. Von den verbündeten Regierungen nichts, ignorieren sie auch diese Entschlüsse, so werden sie nicht nur den Reichstag, sondern auch das ganze Volk gegen sich haben. Das Reich, wenn nicht verfassungs- so doch verrechtlich, seinerseits eine entscheidende und großzügige, konsequente Wohnungsfrage zu treiben. Die Kommissionsentwürfe müssen beiseite bleiben. Die Wohnungsfrage ist gleichzeitig Sache des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden.

Hg. Vorkamp (Sog.): Das heutige Thema ist ein trauriges Kapitel, da die Reichsregierung sich den berechtigten Forderungen des Reichstages immer noch widersetzt. Hier ist ein Kapitel der inneren Politik, wo die Regierung unterlegen kann. Goffen wir, daß der kommende neue Wesen im Reichsamt des Innern gut lehren möge. Das Reich ist verpflichtet, für unglückliche Krieger in bezug auf Kleinwohnungen oder Erbschaften zu sorgen, um ein Bedürfnis vorliegt. Sache des Grundbesitzes wird es, notwendigen mit Unterstützung, sein, große Wohnungen in kleine Wohnungen zu zerlegen. Die Erhöhung des Fonds von 5 auf 10 Millionen ist gering im Hinblick auf die viel höheren täglichen Kriegsausgaben. Die geforderte Bürgerpflicht des Reiches in Höhe von 250 Millionen Mark für den Grundbesitz ist angelehnt des enormen Kapitals, das im Grundbesitz investiert ist, kein Risiko. Der Widerstand der Reichsregierung muß gebrochen werden und wird auch befragt werden können. Wir fordern, daß in allen Staaten in dieser Richtung vorgegangen werde, es geschieht am Wohl des Reiches und des Volkes.

Hg. Dr. Mehl (Sog. Rpt.): Es ist anzuerkennen, daß die Kommission sich mit den Entschlüssen auf das Erreichbare beschränkt hat. Im Reichstag dürfte Einmütigkeit in den Forderungen bestehen. Wenn eine gute Landesgesetzgebung geschaffen werden könnte, so wäre dies das Beste. Doch in Preußen das Wohnungsproblem unter den Tisch fallen ist, trifft nicht zu, die Arbeiten der preussischen Kommission sind nur durch den Krieg gestört worden. Das preussische Wohnungsproblem wird und muß auflande kommen. Schon vor dem Kriege befähigte uns die Notlage des künftigen Grundbesitzes. Von der Regierung ist aber nichts

erfolgt. Jetzt hat sich durch den Krieg die Lage des Grundbesitzes weiter verschlechtert. Eine Erfüllung unseres Realwunsches ist zu befürchten, und das erfordert mir eine der größten Gefahren des Krieges. Dagegen müssen unzulässige Mißnahmen getroffen werden. Mit dem Grundbesitzer kann der Hypothekenbesitzer in Solidarität gezogen werden und außer nicht nur die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, sondern auch die Milliardäre Eigentümer der Wälder, Wälder und Wälder, auch der arbeitenden Klassen. Die Verhältnisse sind nicht nur von Standpunkt der Großstadt anzusehen, sie treffen auch auf die Kleinstädte, wo Handwerker und Arbeiter Grundbesitzer sind. Mit dem Grundbesitzer werden sie die Arbeiter der Gewerbebetriebe unter diesen Umständen. Die Entschlüsse sollten möglichst einmütig angenommen werden.

Ministerialdirektor Dr. Reinal: Auf alle Ertragungen kann ich natürlich nicht eingehen. Die Befürchtung, daß die Bauwesenleistungen den Erfüllung des Krieges nicht standhalten könnten, hat sich nicht verwirklicht. Nur zwei Baugewerkschaften in Ostpreußen haben schwer gelitten, alle anderen 154 Gewerkschaften sind laut geworden. (Beifall) Namens der Reichsregierung kann ich zu den Entschlüssen eine Erklärung nicht abgeben. Die Forderungen der Kommission sind heute noch nicht zu überlegen. Wir verstehen nicht, daß der Krieg die Wohnungsfrage außerordentlich in den Vordergrund geschoben hat. Wir alle verstehen, daß die Krieger, gelinde Wohnungsverhältnisse vorfinden müssen, es muß aber nicht Maßstäbe angenommen werden auf das in den Großstädten investierte Kapital. Bei der Forderung, 250 Millionen für den Kleinwohnungsbaue zur Verfügung zu stellen, würde es nicht bleiben, es würden noch 400 Millionen verlangt werden, und das lassen die Reichsfinanzen, die gelinde erhalten werden müssen, nicht zu. Die Darstellung, als ob ein Kampf zwischen der Reichs- und der preussischen Verwaltung bestünde, trifft nicht zu. Die Frage der Erhöhung des Fonds auf 10 Millionen wird erörtern, in welcher Weise sie gelöst werden wird, kann noch nicht gesagt werden. Im Kleinwohnungsbaue hat Deutschland in kurzer Zeit mehr geleistet als das übrige Europa, und die verbündeten Regierungen werden darin fortfahren.

Hg. Cohn-Vordoban (Sog. A.-B.): Die Interessen der Bauarbeiter und Arbeiter werden nicht zu vernachlässigen sein, doch dürfen die der letzteren unabhingig überwiegen. Nach der kapitalistischen Bauweise ist während des Krieges erheblich infolge der Miets- und Zinsanstiege gestiegen. Wir stimmen den Entschlüssen zu.

Hg. Götting (Sog.): Der Widerstand der Reichsregierung muß aufhören. Das Reich muß gesetzliche Maßnahmen treffen, sein Risiko für die Bürgerpflicht ist nicht groß.

Hg. Frommer (Sog.): Bei gutem Willen werden sich die nicht zu großen Forderungen der Kommission erfüllen lassen. Der alte konservative Gedanke der Schmachten ist uns in der Form der Kriegsergebnisse besonders unheimlich. Ich bitte um einstimmige Annahme der Entschlüsse.

Hg. Dr. Mann (Deutsche Fraktion): Die Förderung des Kleinwohnungsbaus ist nötig, da trotz des Krieges auf Volk weiterwächst.

Hg. Wirth (Sog.): Was der neue starke Mann als ob uns ein sozialpolitisches Programm vorlegen und diese Fragen aufnehmen.

Damit schloß die Erörterung über den außerordentlichen Etat und den Bericht der Wohnungsfragekommission. Die restlichen Kapitel des Etats wurden bewilligt. Dann trat Vertagung ein.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung, Abstimmung und Kolonialfrage.

Schluß 6½ Uhr.

Keine Lebensmittelfortsetzung durch die Kriegsteure

Berlin, 22. Mai. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wies bei der zweiten Lesung des Kriegsteuregesetzes der Reichsausschuss Dr. Helfferich darauf hin, daß keine der Steuern die notwendigen Lebensmittel auf nur um einen Pfennig verteuern, weil diese in unter den Höchstpreisen stehen. Er würde beweisen, wenn der Versuch gemacht würde, diese Lasten zu verbuteln. — Im Steuerentscheid wurde die Kriegsteure in der Höhe von 50 und Zehnfachgehörenden mit den Abgaben der gemeinsamen Beiträge mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Stadtsanktionen Kampf.

Berlin, 22. Mai. Im Steuerentscheid des Reichstages wurde gestern Nachmittag Artikel der Tabaksteure, welche die in dem gemeinsamen Antrag vorgelegenen Änderungen widerspricht, mit 23 gegen 14 Stimmen für die Steuerentscheidung in der gemeinsamen Antrag einstimmig angenommen.

Der türkische Heeresbericht

Constantinopel, 22. Mai. Amtlicher Bericht vom 20. Mai: In der Fronten dauert die Ruhe an. Hauptmann Schüt ist ein feindlicher Doppeldecker abgeschossen, der in 500 Meter Höhe über den Flugplatz flog. Das ist das dritte von ihm am Frontabgeschossen Flugzeug.

In der Kaukasusfront hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Die von uns in der letzten Schlacht gemachte Beute besteht in 400 Gewehren, 20 000 Patronen, Fragelstein für ein Bataillon und einer Menge von Kriegsmaterial.

Die russischen Kriegsteure

Petersburg, 22. Mai. Amtlicher Bericht vom 21. Mai: 1916. Die Angestrichelten der Deutschen in der Gegenwart und nördlich des Jien-See weisen wir durch unser Feuer mit großen Verlusten für den Feind ab. Auf der übrigen Front beschränken sich die Feindleistungen auf Artillerie- und Geschützfeuer, besonders lebhaft im Abschnitt von Dubna und weiter südlich bei Smaragon und Krem. In der Gegend von Dubna und südlich des Wolgastromes jenseits der Deutschen sind Epilosophiegefechte.

Frankreichs Strafgericht in Madagaskar

Genf, 22. Mai. In der Nacht vom 31. Dezember 1915 auf den 1. Januar unterzeichnet eine große Anzahl einflussreicher Bürger von Madagaskar einen Petitionsbuch gegen die französische Herrschaft. Nach dem jetzt bekanntgegebenen Urteil wurden folgende Strafen verhängt: Lebenslängliche Zwangsarbeit gegen fünf Personen, darunter der Republikaner eines Einwohners, ein Jahr und ein Monat, ein Zwangsarbeit gegen drei Personen, 200 tägige Zwangsarbeit gegen drei Personen. 224 Eingekerkerte erhielten verschiedene Strafen, aber wurden gefangen gefasst, achtzehn weitere Eingekerkerte für mehrere Jahre in bestimmte Außenhaftorte verbannt. Eine große Zahl eingekerkertes darunter auch dem Vorhänge wurde angeklagt und angeklagt über ihre Strafen.

Die englischen Drückerberger

Kopenhagen, 22. Mai. Die Zahl der Müllschüttern in England, die sich aus religiösen Gründen weigern, in den Gassen zu arbeiten, hat derart zugenommen, daß die Regierung diese Fälle durch besondere Gerichtsverfahren behandeln läßt.

Provinz Sachsen und Umgebung

Als Landes- und Stadtparlamenten

Verbandsagungen — Wahlen
W. Kammberg, 22. Mai. (Städtisches) In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Eingabe des Rammberger Gewerkschaftsrates beraten, worin um Verwertung der städtischen Obstanlagen durch die Stadt selbst gebeten wird.

Lebens- und Genussmittelfragen

Schleibitz, 22. Mai. (Kücher) Die Händler aus der Umgebung kam am Samstag mit ungeheurer Menge Eier zum Markte. Er bot sie mit 25 Pf. das Stück an, ein Preis, der große Erregung hervorrief und bei der Bevölkerung war, daß der Mann zur Umgehe kam.

Verschiedene Nachrichten

Schleibitz, 22. Mai. (Verführungen) Seit dem 7. Mai hat der Müllschüttere Reinhold Thiele Purios vor sich genommen. Thiele war nebensächlich und ging sich um 5 Uhr aus seiner Wohnung, um nicht wieder dahin zurückzukehren.

Auf märkischer Erde

Roman von Hans von Sobellius

„Nun muß Siefinger hören!“ wiederholte er. „Nun muß.“
Er wartete. Bis er sich dann plötzlich auf dem Knäuel umwarf. „Gott von Sadentini, wissen Sie, daß Sie eigentlich recht grausam gegen Ihren Gott waren?“

Wer sind die Lebensmittelwucherer?

Das „Berliner Tageblatt“ erzählt eine sehr lehrreiche Fleischgeschichte aus Berlin, von der es artifizierend nur sagt, um ihm nachstehende Freie nicht zu verlehen, daß diese Geschichte in den jetzigen Zeiten besonders Interesse verdient.

Die Firma Mann & Co. ist in der Grauburger Straße hatte vor einigen Wochen 500 Zentner ausländisches getrocknetes Rindfleisch gekauft, das zur Abrikotierung mit Würst Verwendung finden sollte.

Die Berliner Polizei hat den hier getriebenen Fleischwucherer findet. Von den Zwischenhändlern hat keiner das Fleisch gesehen, einer verkauft es dem andern zu einem immer mehr anwachsenden Preise, nachher durch den Fernvertrieb.

Aus Halle und Umgebung

Pflanz Baumhölzer!

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat eine Verfügung erlassen, daß nach Möglichkeit die Verwendung unserer Pflanzpflanzungen nicht in Gärten getrieben werden, sondern der Wald erst an Pflanzholz für die Zukunft außerordentlich groß werden wird.

Die Obbauabteilung der Landwirtschaftskammer ist beauftragt, größere Mengen aus 8-4 jähriger Pflanzungen zu entnehmen, die den die Gewähr besteht, daß sie von guten Pflanzstätten stammen, für die Pflanzungen zu erhalten, wenn die Pflanzung der Zeit überlassen werden können.

Die Verkaufsstelle des Pflanzholzes. Der Geschäftsinhaber G. Oberland, vor dem die Verkaufsstelle und Verkaufshandlungen durch besondere Mitteln genant worden, ist in Nürnberg festgenommen worden.

Aus dem Gerichtssaal

Ein gemisgerichtete Betrügerin
Die Verkäuferin Rosa Klegand wurde fälschlich von der Staatsanwaltschaft zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie einer armen Witwe die ganze Vermögen in Höhe von fast fünfzig Mark abgehändelt hatte.

(Nachdruck verboten.)

Wie die Kirchenmühle, die Solinger, die Stechlein, die Brunnwäcker, gerade daß sie sich durchschließen auf dem fargen Boden. Grader dabei vielleicht kaum können, sprach wohl auch sie Jahrzehnte davon, war aber zu bequem und war ein zu guter Miel.

Das sie nicht niedrigeren und ganz neu gebaut, hatte oft Verwendung ertrot. Einmal, als der alte Lasthof das Heilige geerntet, wars auch nahe daran geschehen. Der berühmte Landesbaron Schinkel war in seinen letzten Lebensjahren in Radow zu Gaste, und Ernst Sadentini sagte ihm: „Sie, wenn man etwas sagen will, nicht darüber hinweggehorchen wäre.“

mit dem der ganze Adel des Kreises seit Menschengeburt als mit einem Stundesgenossen verkehrt hatte. Was ist die Marquise, als sie am ersten Male wieder mit ihm zusammenkommt? Sie reißt ihm die Hand zum Gruß.

Ein paar junge Mädchen, die paar junge Herren waren meist zu Gaste in Radow; Gausberg und Gausberg liebten die Jugend. Die Mädchen logierten im Anbau, die Herren oben in den Maniarden, wo jedes der kleinen Zimmer seinen originalen Namen hatte: da gab es ein „Konwipi“, zu genannt nach der roten Ledete, ein „Gandh“, weil das Zimmer sehr klein und lang war, ein „Bärenhöhle“, weil hier jahrelang ein Leutnant von Boer während seines Commerrlaufs gewohnt hatte, und eine „Pflanzkammer“, inmalen dieses Zimmer der lieben Sonne besonders ausgekehrt war.

Im Zuge nach dem Markt war Lante Marie noch glücklich gekommen. Inmangendicht auf ihrem Selbstthier mit den Ponis. Hatte sich die liebe, weiße niede auf rote Lack ausgebeutet: „Du kommst gleich mit mir, mignonne. Rad heute Eisenfüßen. Werst auch ein helles Mädchen nicht. Vielleicht machst es sich, daß wir ein Tändchen riskieren.“



Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Deutscher 22. Mai Die telegraphischen Ansaetzungen fielen heute wie folgt:

Table with 3 columns: Location (e.g., London, New York), Rate, and Unit. Includes entries for London, New York, and other international locations.

14. Ziehung 5. Klasse 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 22. Mai 1916 vormittags.

Anf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Oben Gewährt.)

Table of lottery results for the 5th class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

(Oben Gewährt.)

Table of lottery results for the 5th class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

14. Ziehung 5. Klasse 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 22. Mai 1916 nachmittags.

Anf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Oben Gewährt.)

Table of lottery results for the 5th class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

Berliner Börsennotierungen

Berlin, 22. Mai. Bei allgemein feier Grundstimmung begann zeitlich Realisationen einen Einfluss auf die Kursbewegung. Die Börse blieb im allgemeinen ruhig, doch wurden einzelne Aktien...

Wiener Börsennotierungen

Wien, 22. Mai. Unter dem Eindruck des weiteren jägerischen Vordringens in Süditalien, des alle Erwartungen übersteigenden Erfolges der italienischen Operationen und des beiderseitigen Seitenhandels...

Lezte Telegramme

Die Königin von Schweden erkrankt. Karlsruhe, 22. Mai. Der Staatsgenossin... Der Bericht des Großen Hauptquartiers...

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 22. Mai. Westlicher Kriegsschauplatz. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Westlicher Kriegsschauplatz

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Wetterbericht

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Wiener Börsennotierungen

Wien, 22. Mai. Unter dem Eindruck des weiteren jägerischen Vordringens in Süditalien, des alle Erwartungen übersteigenden Erfolges der italienischen Operationen...

Lezte Telegramme

Die Königin von Schweden erkrankt. Karlsruhe, 22. Mai. Der Staatsgenossin... Der Bericht des Großen Hauptquartiers...

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 22. Mai. Westlicher Kriegsschauplatz. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Westlicher Kriegsschauplatz

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.

Wetterbericht

Der Bericht des Großen Hauptquartiers. Ostlicher Kriegsschauplatz.